

SPD-Planspielfraktion Drucksache 17/1004

17. Wahlperiode 06.-08.05. 2012

AG FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND

Verbesserung der Jugendbeteiligung an der Politik

Der Bundestag möge beschließen:

I. Der Bundestag stellt fest:

dass Politik bei Jugendlichen nur geringfügig auf Interesse stößt. Junge Erwachsene bilden sich selten ein politisches Bild, aufgrund mangelnder auf sie zugeschnittener Informationen und Chancen. Bis jetzt wurden noch kaum effektive Möglichkeiten in Betracht gezogen, diesen Sachverhalt zu verbessern.

Die meisten Jugendlichen werden vom Fachjargon der Politiker abgeschreckt und haben das Gefühl, keinen Einfluss nehmen zu können. In vielen Kommunen werden entscheidene Beschlüsse hauptsächlich von älteren Mitgliedern der Volksvertretung getroffen. Die Konsequenzen trägt dann jedoch die nächste Generation.

Anpassungsbedarf besteht vor allem bei der politischen Aufklärung an Schulen und der Möglichkeit schon dort aktiv Politik zu betreiben.

Demokratie funktioniert aber nur, wenn alle Generation aufgeklärt und miteinbezogen werden. Dies schließt vor allem auch Jugendliche mit ein, die die Zukunft der Gesellschaft bilden.

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Interessensvertretungen von Jugendlichen auf kommunaler Ebene zu fördern, indem sie sich dafür einsetzt, dass in den

Kommunen genannte Vertretungen zustande kommen. Diese Vertretungen sollen mit beratender Stimme in den Ausschüssen der Volksvertretung auf kommunaler Ebene mitwirken können und bei für Jugendliche relevanten Themen bei der Abstimmung ein Veto-Recht haben. Die zuständige Kommune hat gegenüber dieser Interessensvertretung eine Informations- und Unterstützungspflicht.

2. Das Mitspracherecht von Schülerinnen und Schülern, insbesondere in den Schulen, zu fördern. Dabei ist die Arbeit der Schülervvertretungen auf allen Ebenen zu unterstützen.
3. Sich dafür einzusetzen, dass politische Bildung an Schulen früh beginnt und sich mit aktuellen Themen auseinandersetzt.
4. Mit Erfüllung dieser Ziele fordert der Bundestag die Einführung eines Wahlrechts ab 16 auf Kommunal- und Landesebene.

Berlin, den 08. Mai 2012
Miro Kneipp und Fraktion